

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 3

Artikel: Erich Gysling : Gefahr der Nationalismen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbenz: «Verbände, die auf Beschuss energisch reagierten, wurden von den Kriegsparteien viel mehr respektiert.»

Die Rolle der Nato

Der Unprofor-Einsatz genügte also nicht, um die Kriegsparteien zur Vernunft zu bringen. Das war allerdings nicht der direkte Grund für den Nato-Einsatz. Die Nato hatte jedoch auch den Auftrag, die Unprofor aus der Luft zu schützen, falls diese dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage war. Solche Einsätze liefen allerdings über einen schwierigen Kommandoweg, der sich jedoch im Laufe der Zeit recht gut einspielte. Trotzdem wurde von

der Möglichkeit der Luftunterstützung nur spärlich Gebrauch gemacht. Erst der heftige Luftschlag der Nato im Sommer 1995 führte zum Erfolg. Arbenz: «Die diplomatische Vermittlung ist ohne das militärische Schwert wirkungslos, solange die Kriegsparteien sich noch irgendwelche Vorteile erhoffen.»

Das massive Eingreifen der Nato führte schliesslich nach langen Verhandlungen zum Dayton-Vertrag mit folgenden Kernpunkten: Bosnien-Herzegowina ist als souveräner Staat zu erhalten, es sind freie Wahlen durchzuführen und dem Staat ist eine neue Verfassung zu geben. Sarajewo ist vereinigte Hauptstadt dieses Staates, der sich aus der bosnisch-kroatischen Födera-

tion und der serbischen Republik zusammensetzt. Die feindlichen Armeen werden getrennt und die Nato-Streitmacht wird als Garant des Friedens eingesetzt.

In anderen Verhandlungspunkten, wie zum Beispiel dem Zugang der Serben zur Adria oder dem Korridor zu Gorazde, kam keine Einigung zustande. IFOR-Truppen von rund 60 000 Mann werden den Frieden überwachen. Ihre Präsenz wird über eine lange Zeitdauer erforderlich sein, vermutet Arbenz. Es könnten immer wieder Kriegshandlungen aufflackern. Arbenz: «Die IFOR muss angemessen reagieren, darf sich aber nicht von Kleinigkeiten provozieren lassen, sonst wird sie selber zur Kriegspartei.»

Erich Gysling: Gefahr der Nationalismen

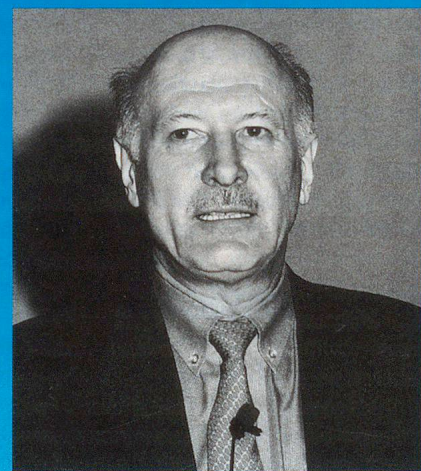
Nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Osteuropa ist seit dem Umbruch der Nationalismus zu einem gestaltenden und umgestaltenden Faktor geworden. Dies vor allem auch in der ehemaligen Sowjetunion mit ihren über 100 Völkern. «Der Nationalismus in Osteuropa – eine Gefahr für den Westen?» Dieser Frage ging Erich Gysling nach. Gysling analysierte vor allem den Zustand im heutigen Russland. Auffallend ist, dass unter den vielen politischen Parteien, die sich nach der Wende gebildet haben, im aussenpolitischen Bereich eine sehr grosse Einigkeit herrscht. Sie sind alle mehr oder weniger nationalistisch geprägt. «Die Nationalisten haben eine enorm starke Position», betonte Gysling. Schirinowski ist nach seiner Erfahrung ein geradezu gemässigter Mann. Es gibt Gruppierungen, die viel stärker rechtsextrem orientiert sind und nur eine Anti-Haltung einnehmen. Schirinowski ist jedoch «der» Exponent des russischen Nationalismus. Das zeigt sich allein schon daran, dass seine Partei bei den Parlamentswahlen einen Stimmenanteil von 11,4 Prozent erreichte. «Ist das Schirinowski-Phänomen neu oder schon alt?», fragte Gysling und erinnerte daran, dass der Nationalismus in Russland bis in die Zarenzeit zurückgeführt werden kann. Es gab schon damals Leute, die eine politische Wirkung erreicht hatten, die bis heute kaum wahrgenommen wird. Als Beispiel nannte er Dostojewski, dessen politische Schriften zu seinen Lebzeiten viel weiter verbreitet waren als seine Romane. Auch zur Zeit der kommunistischen Herrschaft brachten es Nationalisten immer wieder zustande, sich im Parteiapparat einzunisten und ihr Gedankengut einzu-

bringen. Je stärker der Kommunismus wurde, um so nationalistischer wurde er, er wurde antiwestlich, antisemitisch, antiklerikal.

Massive Repressionen

In den Randzonen des riesigen Sowjetreiches brachen aber auch Bestrebungen nach Eigenstaatlichkeit, nach Befreiung von der alten Tyrannei durch Moskau auf. Diese Nationalismen suchten sowohl eine Abgrenzung gegenüber Russland als auch gegenüber dem Westen. Sprachliche und religiöse Unterschiede waren treibende Kräfte, und eine den faschistischen Ideologien nahestehende Denkweise war sehr stark verbreitet. Stalin griff in den dreissiger Jahren mit eiserner Hand durch. Er deportierte ganze Volksgruppen, kollektiviert die Landwirtschaft und zerschlug jede nationalstaatliche Entwicklung. Sein Ziel war, über die alten Grenzen hinweg eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu schaffen und damit eine Auflösung des grossen Reiches unmöglich zu machen. Diese Massnahmen wirken heute noch sehr stark nach und sind mit ein Grund, weshalb die Wirtschaften der neuen Staaten dahinsiebeln. Aber: Je schlechter es der Wirtschaft geht, umso mehr neigen die Leute dazu, extremen Gruppierungen Gefolgschaft zu leisten. Unter diesem Aspekt ist Gorbatschow heute der Bösewicht schlechthin. Er hat das grosse Sowjetreich zerfallen lassen und damit die heutige wirtschaftliche Misere verursacht.

Heute verlangen Kommunisten und Nationalisten aller Schattierungen die Wiederherstellung der alten Sowjetunion und den



Erich Gysling kennt Russland aus dem Effeff

Erich Gysling studierte Kulturgeschichte in Wien. Seit 1961 ist er bei Fernsehen, Radio und Zeitungen journalistisch tätig. Er gilt als anerkannter Nahost-Spezialist und befasst sich intensiv mit der ehemaligen Sowjetunion, die er fünf bis sieben Mal pro Jahr besucht. Zurzeit ist Gysling Sonderkorrespondent beim Schweizer Fernsehen DRS in Zürich.

Wiederaufbau der alten industriellen Strukturen. Das heisst nichts anderes als Rüstung. Es geht dabei schlicht um die Arbeitsplätze und die Existenz von Millionen. Die Menschen sehnen sich zurück in einen sicheren Hafen. Nationalisten und Kommunisten versprechen das. Nicht unerwähnt bleiben darf die Kirche. In der russischen Denkweise gibt es auch Ideologien,

in die religiöse Elemente mit hinein spielen. Und auch die Kirche betont das Russentum.

Gefahr für den Westen?

Gysling glaubt nicht, dass der Nationalismus in Russland eine direkte Gefahr für den Westen darstellt. Aber er führt zu Fakten, auf die der Westen schliesslich reagieren muss. Wenn Russland unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage wieder aufrüstet, folgt die Reaktion des Westens, indem er ebenfalls die Rüstungsanstrengungen verstärkt. Gysling rechnet vorerst auch nicht mit einer militärischen Aggression, denn die Länder der ehemaligen So-

wjetunion orientieren sich primär nach innen. Und schliesslich ist auch keine grosse Flüchtlingswelle zu erwarten, sonst wäre sie schon lange eingetroffen.

Für den Westen gilt es vor allem, die wirtschaftliche Entwicklung zu verfolgen und im Rahmen seiner Möglichkeiten mit zu beeinflussen. Das tut er zu wenig. Westliche Investoren kümmern sich kaum darum, ob ihre Investitionen auch in den grossen Kreislauf kommen und ob Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Westen treibt lieber Handel.

Dazu muss man wissen, dass heute in Russland und den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetrepublik eine enorm grosse versteckte Armut herrscht. Fünf

Prozent der Bevölkerung gehören zu den Superreichen und sozial Privilegierten, zwanzig Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Dieses Auseinanderklaffen der sozialen Schichten ist ein wesentlicher Grund, dass sich die Menschen in die Extreme flüchten. Ein zweiter Grund ist das Mafiawesen. Man rechnet damit, dass heute in Russland 10 000 bis 20 000 Mafia-Organisationen tätig sind, die es auch ausländischen Unternehmungen sehr erschweren, in Russland tätig zu sein. Ordnung im Land, stabile Verhältnisse, Arbeit für alle – dieser Ruf hallt heute durch die Sowjetunion. Wer kann diese Bedingungen erfüllen, wenn nicht die Nationalisten? ▢

Dr. Christoph Bertram: Lehren aus dem Balkan-Desaster

«Niemand konnte den Zusammenbruch der Sowjetunion voraussehen», gestand Dr. Christoph Bertram, Strategie-Experte und diplomatischer Korrespondent der Wochenzeitung «Die Zeit» in Hamburg. «Aber die Medaille hat auch ihre Kehrseite, und diese ist vor allem auf dem Balkan sichtbar.» Bertram zog den Vergleich mit dem Golfkrieg. Der Golfkrieg war ein Konflikt «der ordentlichen Art», örtlich, zeitlich und strategisch beschränkt. Ganz anders der Balkankrieg. Bertram: «Was wir während der letzten vier Jahre auf dem Balkan erlebt haben, ist das was uns die Zukunft bringen kann – unklare Verhältnisse und ein humanitäres Desaster.»

Bertram gliederte die Entwicklung dieses unseligen Krieges in Etappen. Zu Beginn wurde das nationalistische Fieber allenthalben hochgetrieben. Alte Leidenschaften wurden geschürt. Vor dem Krieg mit Waffengewalt wurde ein Zermürbungskrieg gegen die Vernunft geführt.

Die Lehre daraus: Konflikte dieser Art brechen nicht über Nacht aus; sie haben eine lange Vorwarnzeit.

Die «zweite Etappe» war der Überraschungseffekt, der von der Idee getragen war, Jugoslawien dürfe keinesfalls ausein-

anderfallen. Die einzige Lösung zur Durchsetzung dieser Idee schien die Aggression. Politische Lösungen wurden schon gar nicht in Erwägung gezogen.

Lehre: Politische Lösungen sind wahrscheinlich das allerschwierigste, wenn nationalstaatliche Triebkräfte wirksam sind.

Die Fortdauer und Ausweitung des Krieges hatte schliesslich neue Staaten zur Folge. Für die westlichen Nationen, die sich unter keinen Umständen in diesen Krieg hineinziehen lassen wollten, galt die Devise: Wir akzeptieren zwar die neu geschaffenen Staaten, aber wir tun nichts, um sie auch zu schützen.

Lehre: Der Glaube, die völkerrechtliche Anerkennung eines neuen Staates sei automatisch auch Schutz, war ein Irrtum.

Geradezu penibel dann die diplomatischen Vermittlungsversuche mit nicht ernst genommenen Drohungen, mit nicht eingehaltenen Vereinbarungen mit nur schwach wirksamen Massnahmen. Als erfolglos erwies sich die zum Teil blamable Rolle der UNO mit ihren «Hier-und-da»-Erfolgen.

Die UNO wollte sich auf keinen Fall in den Konflikt hineinziehen lassen, sie hatte auch nicht die Mittel, sich durchzusetzen und sie wurden ihr nicht gegeben.

Lehre: Halbherzige Mittel sind keine Mittel.

Im August 1995 dann endlich die Wende nach dem Fall von Srebrenice, dem Granatenmassaker in Sarajewo, dem erfolgreichen Angriff von Kroatien auf die Krajina und dem Zurückdrängen der bosnischen Serben. Erst jetzt erkannte die Staatengemeinschaft, dass ihre Worte nicht mehr glaubwürdig waren, dass sie sich der Lächerlichkeit preisgab. Nur die massive militärische Intervention brachte zumindest den Erfolg, dass sich die Parteien auf ihre eigenen Gebiete zurückzogen.

Lehre: Die strategische Absicht muss frühzeitig erkannt und es muss darnach gehandelt werden.

Ob solche Lehren bei den demokratischen Regierungen, die dazu neigen, erst einmal abzuwarten, auch ankommen, muss eine offene Frage bleiben. In der Zukunft wird es sich – hoffentlich nie – zeigen müssen. ▢

Wer inseriert, wird nicht vergessen!

Herr Spiri berät Sie gerne bei allen Fragen rund um das Inserat! Telefon 062 41 78 23